



Fortschritt bei Impfungen in Gefahr

Gesundheitsausschuss fordert mehr Engagement und einen Aktionsplan

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlament (EP) hat in einer nicht-bindenden Resolution mehr Engagement bei Impfungen gefordert. An der Erarbeitung war unter anderem MdEP Renate Sommer (EVP) aus Nordrhein-Westfalen beteiligt.

Man begrüße, dass die Einführung umfassender Schutzimpfungen in Europa wesentlich dazu beigetragen habe, dass viele Infektionskrankheiten ausgerottet oder zurückgedrängt seien. Man sei allerdings besorgt darüber, dass diese Erfolge durch das besorgniserregende Phänomen der Zögerlichkeit bei Impfungen stark in Gefahr sei. Die Resolution weist darauf hin, dass Impfstoffe laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) sicher seien, weil ein zugelassener Impfstoff im Zuge mehrerer Testphasen eine strenge Prüfung durchlauf, ehe seine Verwendung erlaubt werde, und dieser, nachdem er auf den Markt gebracht worden sei, regelmäßig erneut und überprüft werde.

Der Ausschuss wies auf die Bedeutung der Förderung von Forschungsarbeiten. Transparenz der Ergebnisse klinischer Studien müsse gewährleistet werden. Man fordere die Europäische Kommission und die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) auf, die Verordnung über klinische Prüfungen unverzüglich umzusetzen. Die Mitgliedstaaten seien aufgefordert sicherzustellen, dass alle im Gesundheitsbereich Beschäftigten selbst über ausreichenden Impfschutz verfügen.

Aus den epidemiologischen Daten zum aktuellen Impfstand in den Mitgliedstaaten gehe hervor, dass bei der Annahme von Impfstoffen große Lücken bestehen und die Durchimpfquoten, die für einen angemessenen Schutz erforderlich sind, nicht zureichend seien. Die weit verbreitete zögerliche Haltung gegenüber Impfungen gebe, angesichts der Auswirkungen in Bezug auf die Gesundheit in den Mitgliedstaaten Anlass zu Besorgnis.

Durch diese Unterschiede bei der Durchimpfung würden gesundheitsbezogene Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten

verschärft und Bemühungen, vermeidbare Krankheiten zu verringern und auszurotten, untergraben.

Scharf kritisiert wurde „die Verbreitung unzuverlässiger, irreführender und unwissenschaftlicher Informationen über Impfungen, die durch kontroverse Diskussionen in den Medien noch verschärft werden“. Man fordert die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission auf, wirksame Schritte gegen die Verbreitung derartiger Fehlinformationen einzuleiten und insbesondere an Eltern gerichtete Sensibilisierungs- und Informationskampagnen auszubauen, einschließlich der Schaffung einer europäischen Plattform für eine höhere Durchimpfung.

Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten sollen nunmehr einen umfassenden EU-Aktionsplan erstellen und dabei das gesellschaftliche Problem einer zögerlichen Haltung gegenüber Impfungen angehen. Auch solle das Engagement der Mitgliedstaaten gestärkt werden, regionsspezifischen Maßnahmen und unterschiedlichen Herausforderungen, mit denen die Mitgliedstaaten konfrontiert sind, Rechnung zu tragen.